

# **Dringlichkeitsantrag: Für ein krisenfestes Land: Kritische Infrastruktur schützen und den Bevölkerungsschutz stärken**



48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz  
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 13.10.2022  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

## **Antragstext**

- 1 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine stellt einen historischen Einschnitt in die
- 2 europäische Friedensordnung dar. Der Krieg geht mit unermesslichem menschlichem Leid
- 3 einher.
- 4 Auch zivile Infrastrukturen sind massiven Attacken ausgesetzt. Die aktuellen und
- 5 schrecklichen Bilder haben uns noch einmal vor Augen geführt, wie verletzlich eine moderne
- 6 und vernetzte Gesellschaft ist. Gleichzeitig müssen auch wir feststellen, dass es zunehmend
- 7 Angriffe auf unsere Kritischen Infrastrukturen (KRITIS) gibt. Diese beschäftigen uns seit
- 8 Jahren, nehmen aber derzeit in ihrer Intensität deutlich zu: Bereits im Frühjahr wurden
- 9 ungewöhnlich viele Angriffe auf die IT-Systeme von Unternehmen aus der Windkraftbranche
- 10 verzeichnet. Ende September wurden mit gewaltigen Sprengstoffanschlägen die Gas-Pipelines
- 11 von Nord Stream 1 und Nord Stream 2 in der See vor Bornholm massiv beschädigt. Anfang
- 12 Oktober wurde mit zwei synchronisierten und professionellen Anschlägen auf
- 13 Kommunikationskabel der Deutschen Bahn der Zugverkehr in Norddeutschland zeitweise
- 14 großflächig lahmgelegt. All diese Ereignisse stehen in einem zeitlichen Zusammenhang. Sie
- 15 haben das Ziel, unsere Gesellschaft in einer von Krisen gekennzeichneten Zeit weiter zu
- 16 verunsichern. Sie stellen in ihren Auswirkungen eine neue Qualität dar und nutzen sowohl
- 17 digitale als auch physische Schwachstellen der Kritischen Infrastruktur aus. Die
- 18 entstandenen Schäden zeigen uns, dass auch bereits verhältnismäßig einfache Störaktionen,
- 19 wie die Durchtrennung der Kabel bei den Anschlägen auf die Bahn, eine große Wirkung
- 20 entfalten können.
- 21 Kritische Infrastrukturen sind die Lebensader einer jeden Gesellschaft. Dazu zählen z.B. die
- 22 Energieversorgung, die Kommunikation, der Verkehrsbereich oder das Gesundheitswesen. Der
- 23 Schutz Kritischer Infrastrukturen ist ein zentraler Baustein für ein krisenfestes Land. Die
- 24 Wehrhaftigkeit unserer Gesellschaft beweist sich auch auf diesem Gebiet. Leider zeigen die
- 25 Attacken auch, dass es um den Schutz von Kritischen Infrastrukturen in Deutschland trotz
- 26 jahrelanger Diskussionen, beispielsweise nach weitreichenden Angriffen auf den Deutschen
- 27 Bundestag, noch immer nicht besonders gut bestellt ist. Zentrale Risiken wurden viel zu
- 28 lange sträflich vernachlässigt und sicherheitspolitisch falsche Prioritäten gesetzt. Dabei
- 29 unzureichend auf Ausfälle einzelner Systeme vorbereitet sind.
- 30 Auf die Notwendigkeit, diese Themen proaktiv anzugehen und gesellschaftliche Resilienz zu
- 31 erhöhen haben wir als grüne in den vergangenen Jahren immer wieder hingewiesen. Die

32 derzeitige Debatte um die mangelhafte Krisenfähigkeit unserer Gesellschaft und die  
33 Erkenntnisse, die wir im Zuge der jüngsten Angriffe gewinnen konnten, machen deutlich, wie  
34 notwendig es ist, die vielen, von uns Grünen hierzu im Koalitionsvertrag verankerten  
35 Projekte entschlossen umzusetzen. Besonders mit Blick auf Kritische Infrastrukturen erleben  
36 wir eine Verschränkung von innerer und äußerer Sicherheit. Deshalb ist der Schutz von  
37 Kritischer Infrastruktur eine Herausforderung, die es innen- wie außenpolitisch zu  
38 bewältigen gilt. Gerade jetzt ist es notwendig, dass Politik und Sicherheitsbehörden  
39 kurzfristig Maßnahmen ergreifen, um Kritische Infrastrukturen zu schützen. Die Polizeien von  
40 Bund und Ländern müssen wichtige Einrichtungen und z.B. Knotenpunkte von Kommunikation  
41 verstärkt in den Blick nehmen. Dazu sind sie mit den entsprechenden Ressourcen auszustatten.  
42 Die Spionageabwehr muss neu aufgestellt und ggf. gestärkt werden. Und wir brauchen neue  
43 Strukturen zur Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen. Die Zusammenarbeit in  
44 Einrichtungen wie dem Nationalen Cyberabwehrzentrum muss nach klaren gesetzlichen  
45 Vorgaben erfolgen. Aktive Cyberabwehr im Rahmen von Hackbacks schließen wir aus.

46 Jetzt ist es höchste Zeit zu handeln und entschieden kurz- und langfristig in unseren Schutz  
47 und in gesamtstaatliche Resilienz zu investieren. Dazu gehört, dass wir dort, wo es  
48 notwendig ist, redundante Rückfallebenen schaffen, damit bei Ausfällen oder Störungen nicht  
49 gleich ganze Systeme ausfallen. Hierzu können z.B. getrennte Kommunikationsverbindungen  
50 gehören. Digitale und physische Komponenten müssen viel stärker zusammen gedacht werden.  
51 Heute sind Anforderungen an Kritische Infrastrukturen vor allem im Rahmen der IT-  
52 Sicherheitsgesetzgebung formuliert. Diese ist jedoch nach Meinung vieler Expert\*innen nicht  
53 ausreichend. Anforderungen an den physischen Schutz geraten viel zu oft aus dem Blick.  
54 Gleichzeitig sind Schwellenwerte teils so hoch angesetzt, dass selbst große Betreiber von  
55 kritischen Einrichtungen durch das Raster fallen. Diese Lücken müssen dringend geschlossen  
56 werden. Einen ganzheitlichen Rahmen zum Schutz wichtiger Infrastruktur soll ein „KRITIS-  
57 Dachgesetz“ bilden, das alle kritischen Infrastrukturen abdeckt und ein Gesamtlagebild zu  
58 erstellen erlaubt. Das Gesetz ist heute dringender denn je und muss umgehend auf den Weg  
59 gebracht werden.

60 Die Zusammenarbeit von den unterschiedlichen Behörden, die mit dem Schutz Kritischer  
61 Infrastrukturen betraut sind, muss ebenfalls dringend verbessert werden. Hierzu zählt  
62 insbesondere eine bessere Vernetzung des Bundesamtes für Sicherheit in der  
63 Informationstechnik (BSI), mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe  
64 (BBK). Die Zusammenarbeit der Behörden und Einrichtungen muss auf klare Rechtsgrundlagen  
65 gestellt werden und insbesondere die Arbeit des BSI unabhängiger von politischer Weisung  
66 sein, damit es seinen Aufgaben nachkommen kann. Hierzu zählen insbesondere das schnelle  
67 und  
68 konsequente Schließen von Sicherheitslücken in IT-Systemen und ein wirksames  
69 Schwachstellenmanagement. Eine kohärente digitale Strategie zum Schutz von IT-Systemen  
70 darf  
71 nicht akzeptieren, dass Sicherheitslücken nicht geschlossen werden. Ebenso sind dafür mehr  
72 und höhere Standards in Bezug auf IT-Sicherheit notwendig. Auch die Polizeibehörden und  
73 Nachrichtendienste müssen hier einen Paradigmenwechsel einleiten und stehen in  
74 gesamtgesellschaftlicher Verantwortung.

73 Die kürzlich vom Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) vorgelegte  
74 Cybersicherheitsstrategie wird diesem Anspruch bisher nicht gerecht. Daher kommt es nun im  
75 besonderen Maße darauf an, dass die Nationale Sicherheitsstrategie, die derzeit unter  
76 Federführung des Auswärtigen Amtes erarbeitet wird, sowohl diese Aspekte berücksichtigt, als  
77 auch Cyberaußenpolitik.

78 Insgesamt müssen wir weg von einer noch immer rein reaktiven IT-Sicherheitspolitik, die  
79 diejenigen, die Opfer eines Angriffs geworden sind, noch bestraft. Was es braucht sind  
80 proaktive Strategien, die diejenigen, die von sich aus in gute IT-Sicherheit investieren  
81 wollen, hierbei unterstützen – auch finanziell.

82 Neben echten Investitionen zur Krisenprävention müssen wir auch die verbesserte Bewältigung  
83 von Schadenslagen in den Blick nehmen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei dem  
84 Bevölkerungsschutz, also dem Zivil- und Katastrophenschutz, zu. Eine gute Vorbereitung hilft  
85 im Ernstfall, Schäden abzuwenden oder zu verringern.

86 Die vergangenen Jahre haben wiederholt gezeigt, dass bei großflächigen oder besonderen  
87 Schadenslagen die Fähigkeiten der Länder an Grenzen stoßen können. Ein Beispiel hierfür sind  
88 die Hochwasserkatastrophe im vergangenen Jahr, aber auch die Brände im Sommer dieses  
Jahres.

89 Dieser Umstand ist für den Ausfall von Kritischen Infrastrukturen von besonderer Bedeutung.  
90 Eine gute und länderübergreifende Koordination von Hilfsmaßnahmen kann dabei helfen,  
Schäden  
91 abzuwenden. Deutschland verfügt mit seinem guten Netz an Behörden und Organisationen  
sowie  
92 rund 1,7 Millionen Freiwilligen im Bevölkerungsschutz im gesamten Land über große Ressourcen  
und viel Expertise. Damit Hilfe im Ernstfall schnellstmöglich zur Verfügung steht, müssen  
93 Lageinformationen und Fähigkeiten besser erfasst und koordiniert werden. Die Neuausrichtung  
94 des BBK sowie die Einrichtung einer Zentralstelle sind hierfür von besonderem Gewicht. Das  
95 im BBK existierende Gemeinsame Lagezentrum (GMLZ) ist entsprechend auszubauen. Das  
96 gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) muss so ausgebaut werden, dass  
97 es  
98 aktuelle Informationen zum Bevölkerungsschutz aus den Ländern zusammenführt und so in  
einer  
99 Krise die Bewältigung aktiv unterstützen kann. Dafür sind die gesetzlichen und finanziellen  
100 Voraussetzungen jetzt zu schaffen.

101 Eine nachhaltige Stärkung des BBK ist auch notwendig, damit das Amt seine Aufgabe als  
102 oberste Zivilschutzbehörde besser wahrnehmen kann. Aktuell kann das BBK dieser Aufgabe  
kaum  
103 gerecht werden. Der Schutz der Zivilbevölkerung im Spannungs- und Verteidigungsfall gehört  
104 zu den obersten Pflichten eines jeden Staates. Die militärische und zivile Verteidigung  
105 steht in einem direkten Zusammenhang. Sie müssen als Gesamtverteidigung begriffen werden.  
106 Die sicherheitspolitische Debatte hat diesen Umstand bisher noch nicht ausreichend  
107 berücksichtigt und vor allem wurden bisher nicht genügend finanzielle Mittel zur Verfügung  
108 gestellt. Dabei macht sich jeder in den Zivilschutz investierte Euro bezahlt und steht auch  
109 für andere Gefahrenlagen zur Verfügung: Die Warnung der Bevölkerung durch den Aufbau eines  
110 umfassendes „Warnmixes“ mit Cell-Broadcasting, Apps oder Sirenen. Die Unterbringung und

111 Versorgung von geflüchteten Menschen. Der Aufbau mit Versorgungskapazitäten von  
112 Trinkwasser  
113 oder Notstrom. All diese Vorhaltungen helfen uns auch bei Naturkatastrophen oder anderen  
114 Schadensereignissen.  
115 Die vielleicht wichtigste Lehre aus den großen Katastrophen der vergangenen Jahre ist, dass  
116 Krisenszenarien regelmäßig über Ressort- und Ländergrenzen hinweg geübt werden müssen.  
117 Nur  
118 so kann eine bessere Verzahnung gelingen und Investitionen Früchte tragen. Dabei müssen  
119 Übungen von der Bundesebene bis in die Kommunen reichen und praktische Fähigkeiten  
120 aufgreifen. Nur so können Fehler erkannt und Fähigkeitslücken geschlossen werden.  
121 Die wichtigste Säule im Bevölkerungsschutz stellen die zahlreichen freiwilligen Helfer\*innen  
122 der Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks (THW) dar. Ihnen  
123 gilt unser Dank und unsere Anerkennung. Wir müssen dieses ehrenamtliche Engagement weiter  
124 pflegen und fördern. Im Koalitionsvertrag sind hierzu zahlreiche Maßnahmen vorgesehen, die  
125 nun mit Nachdruck vom BMI umgesetzt werden müssen. Hierzu zählt ein Ehrenamtskonzept  
126 oder  
127 die Helfer\*innengleichstellung. Wir müssen auch die digitale Kompetenz der Freiwilligen  
128 stärker in den Bevölkerungsschutz einbringen. Der Aufbau eines „Cyberhilfswerkes“ beim THW  
129 ist ein wichtiges Element, das wir in der Ampelkoalition bereits angestoßen haben. Das  
130 „Cyberhilfswerk“ muss nun zügig aufgebaut und zusammen mit den Freiwilligen stetig  
131 weiterentwickelt werden. Zu den möglichen Aufgaben könnten beispielsweise Hilfeleistungen  
132 beim Zusammenbruch von IT-Systemen oder der Kommunikation gehören. Das digitale  
133 Ehrenamt  
134 wollen wir weiter stärken.

135 Neben den Menschen, die freiwillig in den Blaulichtorganisationen engagiert sind, müssen wir  
136 die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung stärken. Das Auftreten multipler Krisen führt bei  
137 vielen Menschen zu Verunsicherung. Eine sachliche Auseinandersetzung kann Ängste abbauen  
138 und  
139 die Souveränität der Menschen steigern. Gleichzeitig stärkt sie das Gefühl für gemeinsame  
140 Handlungsfähigkeit und Verantwortung. Die Vermittlung von grundlegenden  
141 Selbsthilfefähigkeiten muss stärker Einzug in Bildungseinrichtungen und Arbeitsstätten  
142 finden.

143 Bedrohungslagen und Katastrophen machen nicht an Ländergrenzen halt. Daher müssen wir  
144 den  
145 Bevölkerungsschutz noch stärker europäisch denken und Instrumente, wie das europäische  
146 Katastrophenschutzverfahren sowie die europäische Katastrophenschutzreserve „rescEU“,  
147 stärken. Sie sind Ausdruck gelebter europäischer Solidarität. Deutschland hat die Ukraine  
148 frühzeitig mit Nothilfe Maßnahmen unterstützt und z.B. medizinisches Material, Ausrüstung  
149 oder Fahrzeuge geliefert. Auch werden Menschen mit Kriegsverletzungen in Deutschland  
150 behandelt. Das BSI hat bei der Analyse und Abwehr von IT-Angriffen unterstützt. Dieses  
151 Engagement müssen wir fortführen und wenn nötig stärken. Aber auch Deutschland kann auf  
152 die  
153 Hilfe unserer europäischen Freund\*innen angewiesen sein. Dies wurde beispielsweise im Zuge

147 des jüngsten Waldbrandes im Harz deutlich, bei dem wir vielfältige Unterstützung, unter  
148 anderem durch Löschflugzeuge aus Italien, erfahren haben.

149 Die Zusammenarbeit im Bevölkerungsschutz müssen wir auch auf den Schutz von Kritischen  
150 Infrastrukturen übertragen. Egal ob das Strom- und Gasnetz, Telekommunikationsnetze und  
151 Unterseekabel oder länderübergreifende Verkehrswege sind. Sie alle sind gemeinsame zivile  
152 europäische Infrastruktur, die wir gemeinsam schützen müssen. Angriffe hierauf müssen  
153 geächtet werden. Gerade die Zunahme von hybriden Gefahren und das Verschwimmen der  
Grenzen  
154 von privaten und staatlichen Akteur\*innen machen eine noch intensivere Zusammenarbeit  
155 notwendig. Ländern wie Russland muss Europa und die internationale Staatengemeinschaft  
156 glaubhaft und entschieden entgegenreten, wenn sie die Integrität dieser Systeme  
157 verletzen.

## Begründung der Dringlichkeit

Die Serie an Störaktionen hat sich weiter vorgezogen und hat mit den synchronisierten Anschlägen auf Kommunikationsverbindungen der Deutschen Bahn eine vorläufigen Höhepunkt im Inland gefunden. Dadurch ist auch die Debatte erneut entbrannt. Der Vorfall am 08. Oktober 2022 fand nach dem Antragsschluss statt.